

Tagungsdokumentation

Bensberger Gespräche

Gewinner der Globalisierung - Verlierer der Globalisierung.

Wo steht Europa?

22.-24. Januar 2007 in Bensberg

Dokumentation: Dr. Kai Dreisbach

Arbeitsgruppe II "Wirtschaftlicher Aufschwung – aber nicht für alle"

Referentin: Kristin Kupfer

Moderation: Günter Gehl, Katholische Akademie, Trier

Dokumentation: Dr. Kai Dreisbach

Auf Vorschlag des Moderators der Arbeitsgruppe, Günter Gehl, wurde ein zweistufiges Vorgehen beschlossen – zunächst konnten die Teilnehmer mit Kristin Kupfer vertiefende Fragen zur innenpolitischen Situation Chinas und sich hieraus ergebenden globale Konsequenzen diskutieren, abschließend sollten dann die Folgen der zunehmenden globalen Bedeutung Chinas für die politische Bildung erörtert werden.

Zu Beginn wurde die Renaissance konfuzianischer Werte in China thematisiert. Kristin Kupfer erklärte, dieses "hierarchische Ordnungsmodell auf Basis tugendhaften Verhaltens" werde von der chinesischen Führung bewusst instrumentalisiert. Nach innen diene es der Betonung von Traditionen und familiären Werten – und damit dem Ziel eines sozialen Ausgleichs innerhalb eines hierarchisch gegliederten politischen Systems. Und nach außen demonstriere es dem Rest der Welt die Bedeutung der chinesischen Kultur. Gleichzeitig erfolge eine differenziertere Betrachtung der jüngsten Vergangenheit Chinas. Frei nach dem Motto, 70 Prozent seien gut, 30 Prozent schlecht gewesen, versuche die Partei, die Exzesse der Mao-Zeit zu relativieren, ohne die vor allem unter den Verlierern der wirtschaftlichen Modernisierung zu findenden Sympathisanten Maos zu verprellen. Generell sei auch zu beobachten, dass die Vermittlung der marxistisch-leninistischen Lehre immer mehr in den Hintergrund trete, denn die, so Kristin Kupfer, könne eingedenk der Wirtschaftspolitik der chinesischen Regierung keinem mehr "verkauft" werden.

Einen weiteren Themenkomplex stellte die sich wandelnde Rolle der Kommunistischen Partei in China dar. Diesen Namen, erklärte Kristin Kupfer, trage die Partei nur noch aus Gründen politischer Legitimation. Oft werde sie offiziell auch nicht mehr KP sondern "Regierungspartei" genannt. Dieser Begriffswechsel sage viel über den politischen Wandel in China aus. Auch sei die Partei keinesfalls mehr homogen. Vielmehr vereine sie viele Interessengruppen mit teilweise widerstreitenden Ansichten. Zudem habe sie Nachwuchssorgen, weshalb etwa gezielt Studenten angeworben würden und seit 2002 auch Unternehmer beitreten dürften. Schließlich stehe die Partei unter großem Erfolgs- und Legitimationszwang. Aus diesem Grunde gehe die Regierung inzwischen auch rigoros gegen lokale Behördenwillkür und Kaderstrukturen vor.

Für Diskussionsstoff sorgte des Weiteren die Frage, ob eingedenk des inzwischen vorhandenen sozialen Sprengstoffs in China nicht der Zusammenbruch des Systems zu erwarten sei. Hierzu verwies Kristin Kupfer auf die Tatsache, dass die chinesische Führung eine genaue Analyse des Zerfalls der Sowjetunion vorgenommen habe. Sie habe hieraus die Lehre gezogen, dass eine gleichzeitige wirtschaftliche und politische Öffnung vermieden werden müsse. Beruhigend für die Regierung sei die Tatsache, dass die große Mehrheit der Bevölkerung keinen Systemwechsel wünsche. Auch verhinderten staatliche Restriktionen und Friktionen zwischen den Gesellschaftsgruppen, dass sich potenzieller Widerstand

organisieren könne. Eine Infrastruktur, die soziale Interessen bündeln könnte – etwa in Form unabhängiger Bauernverbände oder Gewerkschaften – gebe es in China nicht. Allerdings, so Kupfer, werde die Frage einer Organisation von Protestpotential in chinesischen Wissenschaftskreisen wie auch im Internet durchaus diskutiert.

Mit Blick auf die außenpolitische Rolle Chinas interessierten die Teilnehmer der Einfluss der Auslandschinesen, die Perzeption der Nachbarn Chinas sowie Pekings Verhalten gegenüber Nordkorea. Die Rolle der Exilchinesen, erklärte Kristin Kupfer, sei primär finanzieller Natur. Sie seien inzwischen ein "Wirtschaftsfaktor", da sie große Geldtransfers in ihre alte Heimat tätigten. Die Nachbarstaaten, so die Referentin, sähen China umso positiver, je mehr sie vom Handel mit China profitierten. Dies gelte vor allem für die Staaten Südostasiens. Japan hingegen betrachte die wachsende Bedeutung Chinas durchaus negativer. Generell könne gesagt werden, dass Peking keinen Unruheherd vor der eigenen Tür gebrauchen könne. Daher werde auf Nordkorea auch für chinesische Verhältnisse starker Druck ausgeübt, die Verhältnisse im Land zu ändern. Dies, so Kupfer, sei beispielsweise von Seiten der Amerikaner niemals für möglich gehalten worden.

Abschließend diskutierte die Runde die Frage, inwieweit China Modellcharakter für Europa und den Rest der Welt habe. Grundsätzlich könne von China gelernt werden, so ein Teilnehmer, Reformen langsam aber stetig umzusetzen. Ein anderer Teilnehmer erklärte, die chinesische Führung scheine erkannt zu haben, dass Materialismus als alleinige Basis für eine Gesellschaft nicht ausreiche, sondern einer moralischen Unterfütterung, d.h. eines nachhaltigen Wertekonzepts bedürfe. Einig waren sich die Teilnehmer, dass die chinesischen Erfahrungen keinesfalls eins zu eins auf Europa zu übertragen seien. Doch sei es notwendig, die in Europa als solche perzipierte chinesische Bedrohung zu relativieren. China sei sehr vielschichtig und das Bild des Landes – auch als global player – müsse wesentlich differenzierter als dies zur Zeit geschehe betrachtet werden.

Und die Folgen für die politische Bildung? Konsens unter den Teilnehmern bestand darin, dass das Thema China zukünftig für die politische Bildungsarbeit wichtiger werde. Dies gelte besonders angesichts der Notwendigkeit, den Blick über den nationalen bzw. regionalen Tellerrand zu richten, um die immer komplexer werdenden globalen Zusammenhänge verstehen zu können. Angesichts des polarisierten Meinungsbildes in Europa sei eine differenzierte und auf Feinbilder verzichtende Darstellung der verschiedenen Aspekte der chinesischen Innen- und Außenpolitik wichtig. Gleichzeitig jedoch müsse deutlich gemacht werden, worin die eigenen europäischen Werte bestünden. Dies bedeute eine Auseinandersetzung mit der Frage, was die Richtschnur für den politischen, wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Umgang mit China unter Berücksichtigung der Vorgaben des eigenen Wertesystems sein könne. Und dies, so die Runde zum Abschluss, sei nicht nur eine Aufgabe für "China-Experten", sondern auch für politische Bildner, deren Aufgabe schließlich in der zielgruppenadäquaten Vermittlung und Kontextualisierung von Wissen bestehe.